

Der Zoo Zürich stellt seine Philippinischen Krokodile vor Seite 18

Das Winterthurer Lagerplatz-Areal soll vielfältig bleiben Seite 19

Der Zürcher Gemeinderat will die Wahlhürde senken Seite 19

Die Jahresausstellung der Künstlergruppe Winterthur Seite 21

Die Stimme der Tiere verstummt

Ab Januar gehört das Amt des kantonalen Tieranwalts der Vergangenheit an

Als der Kanton Zürich 1991 einen Tieranwalt einführte, übernahm er beim Tierschutzrecht schweizweit eine Vorreiterrolle. Auf Ende Jahr wird das Amt abgeschafft. Dies wird für die Arbeit mit Straffällen an Tieren Konsequenzen haben.

Susanna Ellner

«Ein Mann für alle Felle» oder «Der einzige seiner Art»: In vielfacher Form haben nationale und internationale Medien in den letzten Jahren über das Amt des Zürcher Tieranwalts berichtet. Antoine F. Goetschel wurde von CNN, al-Jazira, der «Russian Newsweek» oder der «Frankfurter Allgemeinen» interviewt und bekräftigte dabei immer wieder: «Ich bin der einzige Tieranwalt weltweit.» Nun schafft der Kanton Zürich diese Funktion auf Ende Jahr ab – ein Beschluss, der so eigentlich gar nie vorgesehen war.

Den Anfang nahm das Ende des Tieranwalts im vergangenen März mit der eidgenössischen Abstimmung zur Tierschutz-Initiative, die die landesweite Einführung von Tieranwälden verlangte. Antoine F. Goetschel hätte die Vorlage von sich aus in dieser Form nie lanciert. «Ihr riskiert, dass der Tieranwalt abgeschafft wird», habe er den Initianten im Vorfeld zu bedenken gegeben – und er sollte recht behalten. Nach dem miserablen Abstimmungsergebnis (im Kanton Zürich wurde die Initiative mit 63,5 Prozent verworfen) wurden im Kantonsrat Stimmen laut, die den Zürcher Tieranwalt abschaffen wollten. Fast zur gleichen Zeit war das Amt des Tieranwalts aber just von diesem Parlament bereits aufgehoben worden: Die Politiker hatten in der revidierten Strafprozessordnung eine entscheidende Änderung im Tierschutzgesetz durchgewinkt – ohne es zu merken.

Neu Veterinäramt zuständig

Ganz ohne rechtliche Stimme werden die Tiere im Kanton Zürich ab dem kommenden Jahr aber nicht sein. «Eine im Veterinäramt beheimatete Juristin wird in Zukunft die Rechte der Tiere wahrnehmen», sagt Kantonstierärztin Regula Vogel. Vorgesehen ist, dass die zu 100 Prozent angestellte Person sich



Ob Wildtiere oder Heimtiere: Antoine F. Goetschel hat sein ganzes Berufsleben dem Tierschutzrecht gewidmet. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZF

zu 40 Prozent mit Straffällen an Tieren befasst – bei Bedarf können es auch mehr sein. Die jahrelangen Erfahrungen des Tieranwalts, dessen Tätigkeit etwa 50 Stellenprozenten entsprach, sollen in die Arbeit einfließen. Das Veterinäramt wird sich nicht zum ersten Mal mit Straffällen an Tieren befassen. «Dank den Parteirechten hatten wir schon immer Einsicht in alle Dossiers der Strafbehörden und somit des Tieranwalts», sagt Vogel. Die Kantonstier-

ärztin geht deshalb davon aus, dass Tierschutzstraffälle im Kanton Zürich in Zukunft auf gleichbleibendem Niveau behandelt werden.

Zu einer rechtlichen Schlechterstellung der Tiere könnte es im Kanton Zürich aber trotzdem kommen. Im Kantonsrat ist eine parlamentarische Initiative von Claudio Zanetti (svp., Meilen) hängig. Diese verlangt nicht nur die Abschaffung des Tieranwalts, sondern auch die Abschaffung der Par-

teirechte des Veterinäramts. Wird die Initiative angenommen, verliert das kantonale Veterinäramt die Beschwerdemöglichkeit in Tierschutzstraffällen. Damit würde der Kanton Zürich, dessen Bevölkerung im Jahr 1991 mit 83 Prozent Ja-Stimmen einen Tieranwalt bewilligt und damit schweizweit Geschichte geschrieben hat, in die Liga jener Kantone hinabrutschen, die keine speziellen Ressourcen für das Tierschutzrecht zur Verfügung stellen. Die-

se Kantone weisen oftmals auffallend niedrige Zahlen von Straffällen an Tieren auf (siehe Kasten).

«Ein überflüssiger Posten»

Mit seiner parlamentarischen Initiative habe er «einen überflüssigen Posten» abschaffen wollen, sagt Claudio Zanetti. «Schliesslich gibt es auch keinen speziellen Anwalt für Kinder.» Da die Abschaffung des Tieranwalts aber mittlerweile kein Thema mehr ist, geht es Zanetti einzig noch um die Kosten der neuen Stelle im Veterinäramt. Sollten diese nicht höher ausfallen als beim Tieranwalt – dieser erhielt ein Honorar von 70 000 Franken pro Jahr –, betrachtet Zanetti die Initiative als erfüllt. Das letzte Wort zu dieser Vorlage hat der Kantonsrat.

«Eigentlich wäre ich bis November 2011 gewählt», sagt Goetschel. Rein theoretisch könnte er für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Amt einen Schadensersatz fordern. Doch Goetschel hat mit der Vergangenheit abgeschlossen. «Es dauerte eine Weile, bis ich realisiert habe, dass ich nicht als Mensch, sondern lediglich in meiner Funktion abgeschafft wurde», so der 52-Jährige. Sein ganzes Berufsleben hat er dem Tierschutzrecht gewidmet und dabei auch einiges erreicht. Dass seit 1992 in der Bundesverfassung die Würde der Tiere verankert ist, geht ebenso auf sein Engagement zurück wie die Tatsache, dass Tiere in der Schweiz seit 2003 rechtlich nicht mehr als «Sache» gelten. Und nicht zuletzt hat er auch das Amt des Tieranwalts initiiert, dessen Funktion er nach zwei Vorgängern 2007 übernommen hat.

«Tiere gehen uns alle an»

In Zukunft will sich Goetschel vermehrt seiner Familie, seiner Anwaltskanzlei und Kulturprojekten widmen. Aber Goetschel wäre nicht Goetschel, wenn er nicht schon längst das nächste Projekt in Sachen Tierschutzrecht angepackt hätte. Nach rund einem Dutzend wissenschaftlicher Fachbücher will er diesmal ein populäres Sachbuch verfassen. Darin werde er seine Meinung zu Tierthemen abgeben, sich vom klassischen Tierschutz lösen und nicht nur Tierfreunde ansprechen. «Tiere gehen uns alle etwas an, und ich erzähle, wie es ist», sagt Goetschel. Er wird aus dem Vollen schöpfen können. Der Titel des Buches lautet: «Der Anwalt der Tiere».

Gesamtschweizerisch am meisten Fälle behandelt

els. · Hunde, die in überhitzten Autos sterben, Rinder mit zu wenig Auslauf, unversorgte Ziegen, ein Meer-schweinchen, das aus Spass mit Benzin übergossen und angezündet wird, ein Pferd, das zahlreichen Axthieben erliegt: Die Bandbreite der Straffälle an Tieren, mit denen sich Antoine F. Goetschel befasst hat, ist gross. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass im Kanton Zürich in den

letzten 10 Jahren zwischen 92 und 190 Fällen pro Jahr behandelt wurden; 2009 waren es 172. Damit stellt der Kanton Zürich schweizweit die meisten Fälle. Die hohen Zahlen verbindet die Stiftung für das Tier im Recht mit der Tätigkeit des Tieranwalts, der sich als «effizientes Vollzugsinstrument» bewährt habe. So gebe es keinerlei Anzeichen, dass in Kantonen, in denen weniger gegen die

Tierschutzgesetzgebung verstossen werde, auch tatsächlich weniger solche Fälle vorkämen, schreibt die Stiftung in ihrem diesjährigen Jahresbericht. Laut Statistik sollen sich beispielsweise im Kanton Glarus innerhalb der letzten 10 Jahre nie mehr als 2 Fälle ereignet haben (2009: 0). Nicht anders im Kanton Wallis: Dort sind für die Zeit zwischen 2001 und 2009 insgesamt 6 Fälle registriert (2009: 1).

Psychiatrien bewerben sich

Weiteres Verfahren in der Spitalplanung 2012

Bis Mitte Februar können sich psychiatrische Einrichtungen um einen Platz auf der Zürcher Spitalliste bewerben. Diese Möglichkeit werden wohl auch private Institutionen nutzen.

rsr. · Bis im Jahr 2012 soll der Kanton Zürich über eine neue Spitalliste verfügen. Um einen Platz auf dieser Liste zu erhalten – und damit vom Kanton für medizinische Leistungen finanziell entschädigt zu werden –, müssen sich die Spitäler für Leistungsgruppen bewerben. Für die Akutspitäler wurde das entsprechende Verfahren Ende November beendet (NZZ 2. 12. 10), und für Rehabilitationskliniken läuft es noch. Am Mittwoch hat nun die Gesundheitsdirektion für eine letzte Gruppe das Bewerbungsverfahren gestartet, wie der Regierungsrat mitteilt.

Dabei können sich laut Peter Waldner, Bereichsleiter Psychiatrie in der Abteilung Planung und Investition der Gesundheitsdirektion, die psychiatrischen Einrichtungen für eine oder

mehrere der 24 Leistungsgruppen bewerben. Diese würden durch 8 Leistungsbereiche mit jeweils 3 Alterskategorien gebildet.

Um für einen Platz auf der Spitalliste überhaupt in Frage zu kommen, müssen die Kliniken sicherstellen, dass sie in ihren Leistungsgruppen alle Patienten aufnehmen können – unabhängig von deren Versichertenstatus. Zusätzlich muss die Betreuung rund um die Uhr gewährleistet werden können und die Zufriedenheit der Patienten soll regelmässig erfasst werden, wie Waldner erklärt. Auch hätten die Spitäler darzulegen, wie viele Ausbildungsplätze sie bieten. Es sei denkbar, dass eine Institution in diesem Bereich im Bewerbungsverfahren Auflagen gemacht würden.

Wie bei den Akutspitalern rechnet Waldner auch bei den psychiatrischen Einrichtungen mit Bewerbungen von privaten Kliniken; 2 fänden sich bereits auf der heute gültigen Spitalliste.

Die Bewerbungsunterlagen müssen bis Mitte Februar eingereicht werden. Der Strukturbericht – und damit die Spitalliste – soll im Juni in die Vernehmlassung geschickt werden.

Sparen, aber nicht so

Informationspolitik des Zürcher Stadtrats stösst auf Kritik

fbi. · Nachdem der Bezirksrat vergangenen Freitag einen rascheren Budgetierungsprozess in der Stadt Zürich gefordert hat, kommt es heute Donnerstag zum Gespräch mit den Delegierten des Gemeinderats. Die Forderung des Bezirksrats löste vielerorts Unmut aus.

Rundherum auf Kritik stösst auch die tropfenweise verbreitete Information des Stadtrats bezüglich der Sparmassnahmen. Am Freitag hat der Stadtrat allen städtischen Angestellten mitgeteilt, dass sie im nächsten Jahr auf ihre Lunch-Checks verzichten müssen. Am Montag dann gab er bekannt, dass er den Wettbewerb für das neue Fussballstadion verschiebe, und am Mittwoch wurden weitere mögliche Einsparungen, etwa bei der Tonhalle, öffentlich. Er hätte eine klarere Informationspolitik erwartet, sagt FDP-Fraktionspräsident Roger Tognella. Die Fraktionschefin der SP, Min Li Marti, ortet die Ursache für das Vorgehen bei den Bürgerlichen und der Budgetrückweisung. Da zurzeit mit einem Notbudget gearbeitet werde, müssten laufend solche kurzfristige Massnahmen getroffen werden. Es sei in diesem Zusammenhang sinnvoll, einen

Architekturwettbewerb zurückzustellen. Ohnehin sei klar, dass der Stadtrat bei den grossen Brocken sparen müsse, und dass dies weh tun werde. Ähnliches hört man von den Grünen. Ihr Fraktionspräsident Markus Knauss hält die durch die Rückweisung entstandene Situation für unsäglich. Man habe neue Probleme geschaffen, aber keine gelöst. Genau umgekehrt sieht es Mauro Tuena, der Fraktionschef der SVP. Mit populistischen Sparmassnahmen wolle sich der Stadtrat aus der Verantwortung ziehen. Die tropfenweise verbreitete Information sei eine Trotzreaktion, die zeige, dass der Wille zum Sparen nicht vorhanden sei. Im Übrigen könne man im Bereich des Bauens viel sparen, ohne jemandem weh zu tun.

Ob die Allianz aus SVP, FDP, GLP, CVP und EVP den Kürzungsvorschlägen des Stadtrats angesichts der unterschiedlichen Sparideen tatsächlich zustimmen wird, ist weiter ungewiss. Während sich Tognella zu diesem Vorhaben bekennt, möchte Tuena nicht klar Stellung beziehen. Auf ein Auseinanderbrechen der bürgerlichen Allianz hofft laut Marti die SP.

Swiss Life übernimmt Bellevuehaus von UBS

Keine Änderungen für die Mieter

mbm. · Der Prachtsbau am Bellevue, das ehemalige Hotel aus dem 19. Jahrhundert und spätere Kino, hat einen neuen Besitzer. Die UBS AG, die das Haus am Bellevueplatz 5 in Zürich erst kürzlich für rund 50 Millionen Franken umfassend renoviert und umbaute, hat die Liegenschaft am Mittwoch an die Swiss Life AG verkauft. Wie die Unternehmen in einer Mitteilung schreiben, ändert sich für die Mieter nichts – weder für jene der Parterreflächen, wo sich das Café Felix, das Restaurant Terrasse oder das Reisebüro Kuoni befinden, noch für jene der Büros und Wohnungen in den Obergeschossen. Alle bestehenden Mietverhältnisse würden bei der Handänderung übernommen. Wie Swiss-Life-Mediensprecher Martin Läderach auf Anfrage sagte, wechselt auch der vollamtlich angestellte Hauswart von der UBS zur Swiss Life. Der Baupasse gut ins Immobilien-Portfolio des Lebensversicherers. Gemäss der Mitteilung verkaufte die UBS das Haus, weil es keinen direkten Bezug zum Kerngeschäft habe. Über den Kaufpreis machen die Unternehmen keine Angaben.